

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 pbon d

Inhalt

Günter Samtlebe, OB von Dortmund und Vorsitzender der SGK, setzt auf neue Technologien für das Ruhrgebiet: Standort und Infrastruktur sind gut.
Seite 1

Wolfgang Roth MdB: Entscheidung gegen Franz Alt würde einem autoritärem Regime alle Unehre machen.
Seite 3

Manfred Reimann MdB widerspricht dem CDU-Wirtschaftsrat: Unsere Lehrstellenbewerber sind weder dumm noch faul.
Seite 4

Gerhard Jahn MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und Präsident des Deutschen Mieterbundes, zieht eine Bilanz ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Mietrechts.
Seite 5

38. Jahrgang / 194

10. Oktober 1983

Stahl und Kohle müssen die Basis bleiben

Das Ruhrgebiet hat Mut zur Zukunft

Von Günter Samtlebe
Oberbürgermeister von Dortmund
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gesellschaft für Kommunalpolitik (SGK)

Um zu erläutern, wie wir selbst unsere Situation einschätzen, möchte ich mich eines Vergleichs aus der Funkersprache bedienen: Wir funken nicht SOS, noch sind wir nicht untergegangen. Wir haben CQD gefunkt - Come Quick, Danger.

Dortmund ist eine Stadt, in der das Leben in den üblichen Bahnen verläuft. Von Krisenstimmung ist in der Öffentlichkeit kaum etwas zu spüren - trotz der 16prozentigen Arbeitslosenquote, trotz der Sorgen im Stahl und im Bergbau. Ein Grund dafür ist die Mentalität der Menschen im Ruhrgebiet. Hier steht so leicht keiner an der Klagemauer, hier bejammert man sich nicht selbst und sucht sein Heil nicht nur bei anderen. In einer Industrieregion ist man es gewöhnt, mit Schwierigkeiten fertig zu werden. Hier kapituliert man nicht vor Problemen. Aus der täglichen Arbeit weiß man, Probleme sind da, um gelöst zu werden.

Kumpel und Kollegen sprechen eine knappe, deutliche, ja manchmal harte Sprache. Mit wohlklingenden Leerformeln kann hier niemand einen Blumentopf gewinnen. Man hat dieser Region lange genug anerkennend auf die Schulter geklopft, sich umgedreht und sich - das Ruhrgebiet vergessend - wieder seinen eigenen Problemen zugewandt. Mögen die Menschen hier manchmal hart und schroff erscheinen, sie haben aber ein Gespür für den, der es ehrlich meint.

Wir hier in Dortmund sagen, Stahl und Kohle müssen Basis unserer Wirtschaftsstruktur bleiben. Für diesen Bereich brauchen wir klare Aussagen für die Zukunft. Auch hier weiß man, daß nicht jeder Arbeitsplatz in den Stahlwerken oder auf den Schachtanlagen zu retten sein wird. Das Unternehmenskonzept Hoesch und die Vorschläge des Betriebsrates Gneisenau/Viktoria zeigen, daß Arbeitnehmer, Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaften sehr wohl über den Rand des einzelnen Arbeitsplatzes hinausschauen. Sie werden aber da nicht nur mitmachen, wo das Prinzip der Gleichwertigkeit von Leistung und

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Vertriebspartner
Mittelwertvertriebsstelle
Kunststoff-Papier



Gegenleistung verletzt wird und wo staatliche Hilfen als Abwrackprämien oder als Anreize für Massenentlassungen verstanden werden.

Man kann eine Volkswirtschaft - und das gilt besonders für die so wichtigen Grundindustrien Kohle, Stahl, Elektrizität, Maschinenbau - nicht einfach nach den Grundsätzen einer betrieblichen Gewinn- und Verlustrechnung führen. Dazu gehören auch gesamtwirtschaftliche, regionalpolitische und beschäftigungspolitische Gesichtspunkte.

Wir wissen aber auch, daß der eingetretene Verlust an Arbeitsplätzen nur durch stärkeres Hereinholen anderer Wirtschaftsbranchen und durch ein Setzen auf neue Technologien ausgeglichen und zum Positiven gewendet werden kann.

Deshalb betonen wir die Möglichkeiten der Universität und der Forschungsinstitute dieser Stadt. Sie sind zur Kooperation mit Industrie und Wirtschaft bereit. Unternehmen, die solche Partnerschaft brauchen, finden bei uns den idealen Standort.

Die Ausstattung des Reviers mit Einrichtungen der Forschung und Lehre muß aber noch verbessert werden.

Unsere Standortvoraussetzungen, die unmittelbare Nachbarschaft zu fachverwandten Einrichtungen, der Austausch der Institute untereinander, die räumliche Nähe zur Industrie, mit ihren praktischen Erprobungsmöglichkeiten, prädestinieren diese Stadt und die Region dazu.

Dortmund hält darum seine Bewerbung um das Europäische Strahlensynchrotron aufrecht, auch, wenn das Projekt derzeit verschoben ist.

Wir setzen Expansion im Dienstleistungsbereich, bei Banken, beim Handel, im Handwerk, bei den Versicherungen. Bereits heute arbeitet jeder zweite Dortmunder in diesem Sektor. Die Voraussetzungen für weitere Expansionen sind gut. Dortmunds Lage am Ostrand des Ruhrgebietes ist eine Brücke zum benachbarten, wirtschaftlich interessanten Umland. Wer aber Kohle und Stahl - und vielleicht auch noch die Steinkohlen-Elektrizitätswirtschaft - vor die Hunde gehen läßt, der nimmt auch anderen Branchen den Mut, hier zu investieren. Schließlich kennen wir alle die Rechnung, daß von jedem Arbeitsplatz im Montanbereich zwei bis drei Arbeitsplätze in anderen Branchen abhängig sind.

Wir setzen auf neue Technologien. Die Kohle hat Zukunft. Ich will hier nicht die Zeiten des Ölpreisschocks und der autofreien Sonntage beschwören. Damals hat die Nation aber maßlos gestaunt, warum wir uns nicht schon lange intensiver mit den Kohletechnologien befaßt haben. Für Kohle brauchen wir den weiteren Einstieg in den Wärmemarkt, wir brauchen die Verflüssigung und Vergasung, wir brauchen sie stärker in der chemischen Industrie. Hier in Dortmund wären wir sehr an der Vergasung interessiert.

Die Infrastruktur des Ruhrgebiets ist gut und für die Wirtschaft von großer Bedeutung. Wir müssen aber darauf achten, daß sie nicht hinter den zeitgemäßen Standards herhinkt. Deshalb unsere Forderung nach der Schleuse in Henrichenburg, die für Schubschiffverbände passierbar sein muß. Eine Region wie diese braucht eine leistungsfähige Anbindung an den Flugverkehr. Gerade Branchen wie die Computer-Industrie ist bei ihren Kundenleistungen darauf angewiesen.

Wir hören diesen Gesichtspunkt sehr häufig bei den dort geführten Gesprächen. Und welcher Geschäftsmann fährt schon gerne fast eine Stunde, um dann erst ins Flugzeug umzusteigen. Unser Verkehrslandeplatz muß daher stärker ins Luftverkehrsnetz eingebunden werden.

Ich will aber nicht nur Forderungen anmelden. Das Ruhrprogramm hat uns beispielsweise sehr geholfen, Industriebranchen aufzukaufen und sie neuen Verwendungen zuzuführen.

Das Stahl-Standortprogramm brachte fast 800 neue Arbeitsplätze nach Dortmund. Über 173 Millionen DM wurden in diesem Zusammenhang in Dortmund investiert. Eine Verlängerung des Programms würden wir sehr begrüßen.

Mehr als bedauert haben wir es, daß die Förderungskriterien der "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" bisher noch so angelegt sind, daß eine Region erst komplett in den Brunnen gefallen sein muß, bevor die Hilfe einsetzt. Ist es nicht viel schwieriger und kostenaufwendiger eine Region aus dem Brunnen herauszuziehen als wenn man ihr mit Hilfen den Fall erspart?

Diese Stadt und das Ruhrgebiet haben Mut und Zuversicht für die Zukunft. Wir vertrauen auf unsere Kräfte und Ideen. Das, was in uns steckt, muß aber unterstützt werden. Dann können wir in nicht allzuferner Zukunft wieder das sein, was wir in der Vergangenheit waren: Ein wirtschaftlicher Motor für unser ganzes Land.

Wer aber dieser Region ihr wirtschaftliches Rückgrat bricht, der muß sich auf lange Rentenzahlungen gefaßt machen. Ich hoffe, daß es nicht dazu kommt. (-/10.10.1983/ks/hgs)

Liberalität nur für die Rechten?

Späth und Bernhard Vogel haben es in der Hand, ob Alt wieder moderieren kann

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Da polemisiert seit Jahren Gerhard Löwenthal im ZDF-Magazin einseitig und ohne jede Ausgewogenheit alle 14 Tage aus seiner extrem rechten Position gegen alles was er für links hält, gegen alles was nicht auf seiner Linie des kalten Krieges liegt. Er diffamiert, fälscht und beleidigt. Er beteiligt sich an rechtsextremen Kampagnen. Er macht trotzdem seit Jahren ungestörte Fernsehschau. Man ist liberal gegen Rechts.

Da stellt Franz Alt in fundierten überparteilichen Beiträgen gewisse Doktrinen der Sicherheitspolitik in Frage, kritisiert mit den Argumenten einer großen Friedensbewegung mögliche Raketenentscheidungen und wird sofort von seiner Funktion als Moderator suspendiert. Hier gibt es keine Liberalität.

Natürlich, Franz Alt ist nicht ausgewogen. Warum sollte er es sein? Fernsehen und freie Presse leben gerade davon, daß nicht jeder in Trampelpfaden bleibt, sondern, daß es Leute gibt, die Meinungsroutine in Frage stellen. Übrigens steht Franz Alt in seiner Meinung nicht gerade alleine.

Was sind das für öffentliche Anstalten, die den kritischen, geistig-unabhängigen CDU-Mann Alt feuern und den Polemiker Löwenthal auf seinem Sessel halten?

Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Meinetwegen kann Löwenthal bleiben, schon als abschreckendes Beispiel hat er seine Aufgabe. Aber die Parallele ist erschreckend. Wer mit Neonazis sympathisiert, wie Löwenthal, bleibt; wer mit der großen, jungen Friedensbewegung sympathisiert, fliegt.

Die Entscheidung gegen Franz Alt ist eine Maßnahme, die einem autoritären Regime alle Unehre machen würde.

Übrigens: Die Ministerpräsidenten Späth und Bernhard Vogel haben es in der Hand, daß Franz Alt den nächsten Report aus Baden-Baden wieder moderiert. Wollen mal sehen, wie die beiden liberalen Herren sich entscheiden. (-/10.10.1983/ks/hgs)

+ + +



Weder dumm noch faul

Beistand für den gescheiterten Kanzler auf dem Rücken der Lehrstellenbewerber

Von Manfred Reimann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

An sich begrüßenswert ist die jüngste Initiative des CDU-Wirtschaftsrates, sich mit der Ausbildungssituation zu beschäftigen. Allerdings überraschen die Ergebnisse der Schnellumfrage des CDU-Wirtschaftsrates - bei den eigenen Mitgliedern - kaum. Sie passen ganz ins konservative Weltbild über die angeblichen Ursachen der derzeitigen Ausbildungsplatzmisere. Der Tenor ist dabei: "Lehrlinge sind lustlos und teuer." Einer Überprüfung in der Praxis halten solche ideologischen Argumente nicht stand. Dazu hätte es vor allen Dingen keiner separaten Befragung bedurft, um zu den angeblichen Ergebnissen zu gelangen wie: Die Löhne für die Lehrlinge seien zu hoch, ihr schulischer Ausbildungsstand- und Motivation sowie Interesse ungenügend. Bei einem kürzlichen Arbeitsgespräch mit einer pfälzischen Handwerkerinnung habe ich ganz anderes erfahren.

1. Mir wurde in privaten Gesprächen anvertraut, daß die Ausbildung von Jugendlichen noch immer ein "Geschäft" ist. Weil sie immer noch kostengünstiger ist. Und die Devise lautet dabei: "Lieber zwei Lehrlinge als einen Gesellen einstellen!". Deswegen überzeugt das Argument angeblich zu hoher Lehrlingslöhne nicht.
2. Es ist bekannt, daß Ausbildungsbetriebe heute eigene Einstellungstests durchführen. Die Frage ist doch, ob deren Prüfungskriterien überhaupt zeitgemäß und berufsangemessen sind und ob nicht überhöhte Anforderungen aufgrund der großen Bewerberzahl gestellt werden. Das Arbeitsamt meines Wahlkreises bestätigte mir dies und darüber hinaus auch, daß alle unversorgten Lehrstellenbewerber das berufliche Ausbildungsprofil erfüllen.
3. Es verwundert kaum, wenn jugendliche Auszubildende, die überwiegend nicht nach Neigung Berufe erlernen können, die dazu auch oftmals noch ohne Existenz- und Zukunftsperspektive sind, wenig motiviert sind. Die entscheidende Frage nach den Ursachen solcher Auswirkungen der derzeitigen Lehrstellenpolitik des bloßen "Notstopfens" vermisste ich hier bei der CDU, denn die ist notwendige Voraussetzung für politisches Handeln.

Bei einer Gesamtbeurteilung des Statements seitens des CDU-Wirtschaftsrates bleibt als Eindruck, daß sich die CDU - durch Pflege ihrer ideologischen Vorurteile der politischen Verantwortung für die noch immer prekäre Lehrstellensituation zu entziehen versucht. Das eigentliche Ziel ist leicht durchschaubar: Der Wirtschaftsrat leistet Kanzler Kohl mit seiner gescheiterten Lehrstellengarantie ("Jedem eine Lehrstelle") offensiven Beistand, indem Auszubildende als arbeitsunwillig- und unfähig abgestempelt werden. Welch eine bekannte Aussage von CDU-Seite zur Einschränkung der Lehrstellengarantie im Zusammenhang mit dem 6. März!
(-/10.10.1983/ks/hgs)

+ + +



- Schlechte Bilanz des neuen Mietrechts

Chancengleichheit zwischen Mietern und Vermietern wieder herstellen

Von Gerhard Jahn MdB

**Parlamentarischer Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion
Präsident des Deutschen Mieterbundes**

Entgegen den ständigen Behauptungen der Bundesregierung haben sich nach den Erfahrungen der 400 örtlichen Mietervereine im Bundesgebiet die schon vor Inkrafttreten dieser Mietgesetze geäußerten Befürchtungen bestätigt. Bundesweit ist ein deutlicher Anstieg der Mieterhöhungsfälle gegenüber dem Vorjahr festzustellen. In Großstädten mit über 100.000 Einwohnern liegt der Anstieg mit 52 Prozent erheblich über dem Bundesdurchschnitt (40 Prozent). Spitzenreiter in dieser negativen Entwicklung ist Kassel mit 450 Prozent, gefolgt von Darmstadt mit 150 Prozent.

Besonders nachteilig wirkt sich die sogenannte 30-Prozent-Grenze aus, die angeblich zum Schutze der Mieter eingeführt wurde. Tatsache ist, daß in mehr als ein Drittel aller Mieterhöhungsfälle die Mieten auf einen Schlag um 30 Prozent erhöht wurden. In 13 Prozent sind die Vermieter sogar über die 30-Prozent-Grenze hinausgegangen.

Von einem maßvollen Mietenanstieg, wie dies die Bundesregierung immer wieder propagiert, kann somit keine Rede sein. Die Folgen der mieterfeindlichen Mietgesetze und der daraus resultierenden Mieterhöhungen sind für die Mieter zum Teil katastrophal. Mehr als die Hälfte der Mietervereine melden einen deutlichen Anstieg der Zwangsräumungen mit anschließender Obdachlosigkeit und einen zunehmenden Leerstand zu teurer Wohnungen.

Obwohl zahlreiche Vermieter in einem offensichtlich neu entstandenen Machtbewußtsein versuchen, ihre Mieter insbesondere bei Mieterhöhungen einzuschüchtern, stieg die Zahl der Mieterhöhungsprozesse zum Beispiel in Städten über 100.000 Einwohnern um mehr als 20 Prozent, in Ballungszentren um 14 Prozent. Dabei steht der geringere Prozeßanstieg in Ballungsräumen ganz offensichtlich in engem Zusammenhang mit der Tatsache, daß hier der Mangel an noch bezahlbarem Wohnraum für die Masse der Normalverdiener am größten ist, die betroffenen Mieter sich somit am häufigsten scheuen, ihr Recht vor dem ordentlichen Gericht zu suchen.

Der Deutsche Mieterbund hat deshalb zum Deutschen Mietertag 1983 30 Thesen zur Wohnungs- und Mietenpolitik und ein wohnungspolitisches Forderungsprogramm beschlossen.

Der Verlust der Wohnung kann für den Mieter existenzbedrohend sein und führt neben finanziellen Belastungen auch zum Verlust vielfältiger sozialer Bindungen. Durch die anhaltende Wirtschaftsflaute und rückläufige Realeinkommen geraten immer mehr Familien zwischen die Mülhsteine Mieterhöhung und Arbeitslosigkeit.

Bis in die 90er Jahre hinein besteht vornehmlich in bestimmten Ballungszentren ein erhöhter Wohnungsbedarf an bezahlbaren Wohnungen. Es fehlen nicht teure Mietwohnungen und Eigenheime, sondern es fehlt Wohnraum, den Normalverdiener und Einkommenschwache bezahlen können.

Der freie Wohnungsmarkt ist sozial blind. Deshalb fordert der Deutsche Mieterbund verstärkte Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden bei der Lösung der Wohnungsfrage.



Die öffentlichen Hände fördern zur Zeit den Wohnungsbau mit jährlich rund 25 Milliarden DM, von denen zwei Drittel in die Eigentumsförderung zugunsten der Besserverdienenden fließen. Mit nur noch elf Prozent wird der soziale Mietwohnungsbau für die wirklich Bedürftigen gefördert.

Deshalb muß die Wohnungsversorgung solange Vorrang vor der Eigentumbildung haben, wie Mietwohnungen zu tragbaren Bedingungen fehlen. Mindestens 50 Prozent der zur Verfügung stehenden Gelder müssen zugunsten des sozialen Mietwohnungsbaus eingesetzt werden.

Bei der Lösung der Probleme kommt dem Bestand an überwiegend noch preiswerten Sozialmietwohnungen erhöhte Bedeutung zu.

Eine Überführung dieses Sozialwohnungsbestandes in den "freien Markt" darf nicht erfolgen. Hierdurch würde die wohnungspolitische Manövriermasse an preiswertem Wohnraum endgültig verlorengehen. Auch eine Freigabe der Sozialmieten würde zu einer Welle von Mieterhöhungen führen und eine Lawine von Wohngeldzahlungen und Sozialhilfeleistungen auslösen.

Der öffentlich geförderte Mietwohnungsbau muß über die bewährte Objektförderung am richtigen Platz für die richtigen Leute weitergeführt werden. Wohngeld ist kein Ersatz für Wohnungsbau. Die bestehenden Mieterverzerrungen zwischen älteren und neuen Sozialwohnungen sind durch Nachsubventionierung soweit zu senken, daß die Belastungen auf Dauer tragbar sind und Leerstände vermieden werden.

Eine wesentliche Ursache der "neuen Wohnungsnot" ist der ständige starke Abgang preiswerter Altbauwohnungen durch Wohnungsmodernisierung, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Zweckentfremdung, Abriß und Sanierung. Dadurch werden vor allem Einkommensschwache, aber auch Normalverdiener aus den innerstädtischen Wohnquartieren verdrängt.

Ursache dieser Fehlentwicklung ist in erster Linie ein falsches Förderungssystem, das zur Modernisierungs- und Umwandlungsspekulation anreizt.

Der Deutsche Mieterbund fordert deshalb die Erhaltung des preiswerten Wohnraums, eine Wohnraummodernisierung nur auf Wunsch oder mit Zustimmung des Mieters.

Eine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nur mit Zustimmung der Gemeindebehörden und ein Verbot solcher Umwandlungen bei Sozialwohnungen.

Die Streichung aller steuerlichen Anreize im Gebrauchtwohnungsmarkt.

Die Verabschiedung zeitgemäßer Wohnungsaufsichtsgesetze und eine Fortentwicklung des Baurechts, des Bauordnungsrechts und der Zweckentfremdungsverordnung.

Vor allem der seit dem 1. Januar 1983 praktisch wirkungslose Paragraph 5 Wirtschaftsstrafgesetz muß zu einem wirksamen Instrument gegen Mietpreiserhöhungen ausgestaltet werden.

Das unzureichende Bodenrecht ist eine wesentliche Ursache für die Vertseuerung von Wohnraum. Die Untätigkeit des Staates hat seit dem Zweiten Weltkrieg den Grundelägntümern 500 Milliarden DM an steuerfreien Gewinnen belassen - mehr als die gesamte Staatsschulden ausmachen.



Der Deutsche Mieterbund fordert deshalb

- das Bodenrecht so zu verbessern, daß verstärkt preisgünstiges Bauland für den Mietwohnungsbau bereitgestellt wird
- spekulative Gewinne und den Grundeigentümern unverdient zufließende Wertsteigerungen abzuschöpfen
- die steuerliche Privilegierung von Grund und Boden abzubauen
- sanierungsbedingte Bodenwertsteigerungen abzuschöpfen und zur Verbilligung der Mieten für die betroffenen Bewohner einzusetzen.

Nicht zuletzt fordert der Deutsche Mieterbund eine Reform des sozialen Mietrechts. Die hohe soziale Bedeutung des Gutes Wohnung für den Mieter rechtfertigt im Rahmen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums Beschränkungen der Vermieterrechte. Für den Eigentümer ist die Wohnung lediglich Kapitalanlage. Durch die neuen Mietgesetze vom 1. Januar 1983 sind die Eckpfeiler des Mieterschutzes - Kündigungsschutz und Vergleichsmietverfahren schwerwiegend verletzt worden. Sie haben weitgehend ihre Schutzfunktion verloren.

Der Deutsche Mieterbund fordert deshalb: die Verschlechterungen der Mieterrechte durch die neuen Mietgesetze vom 1. Januar 1983 müssen rückgängig gemacht werden.

Es darf keine Ausnahmen vom Kündigungsschutz geben. Bei Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen müssen die betroffenen Mieter grundsätzlich eine Kündigungssperrfrist von zehn Jahren erhalten.

Staffelmieten sind für unzulässig zu erklären.

Die Abwälzung von Hypothekenzinserhöhungen auf die Mieter bei nicht preisgebundenem Wohnraum, der dem Vergleichsmietprinzip unterliegt, ist marktwidrig und muß abgeschafft werden.

Mietspiegel dürfen nur unter Mitwirkung der Mietervereine ausgestellt werden und die Miete nach einer Wohnungsmodernisierung darf die ortsübliche Vergleichsmiete nicht übersteigen.

Ich warne davor, Forderungen des organisierten Miethausbesitzes und ihm nahestehender Kreise nach einer weiteren Lockerung der Mietgesetze nachzugeben. Mehr Markt am Wohnungsmarkt bedeutet zwar mehr Freiheit für die Vermieter, aber auch gleichzeitig mehr Unfreiheit für die Mieter. Vielmehr muß das soziale Mietrecht und die Chancengleichheit zwischen Mietern und Vermietern wieder hergestellt werden. (-/10.10.1983/ks/hgs)

+ + +

(Text der Rede Gerhard Jahns vor dem Deutschen Mietertag 1983 in Köln)

